

## Ringen um eine Welt mit menschlichem Gesicht

Paul M. Zulehner zum Jubiläum von *Rerum novarum* (1891)

### Eine Lehre, die von unten wächst

Die Soziallehre der Kirche fällt nicht vom Himmel. Sie wächst aus den Erfahrungen von Menschen des Evangeliums bei der Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft. So war es auch bei *Rerum novarum*. Bald nach der Industrialisierung um 1830 hat es schon vor dem Kommunistischen Manifest von Karl Marx (1848) „christliche Fabriken“ gegeben, in denen versucht wurde, das Proletariat menschlich zu behandeln. Es gab auch kirchliche Kreise in Europa, welche die Köpfe zusammensteckten und die Erfahrungen theoretisch beleuchteten. Aus all diesen praktischen wie theoretischen Erfahrungen hat dann Leo XIII. 1891 seine bahnbrechende erste Sozialenzyklika geschrieben. Darin forderte er einen gerechten Lohn, das Recht auf „Koalitionen“ (Gewerkschaften) und forderte den Staat auf, sozialpolitisch zu Gunsten der Gefährdeten zu „intervenieren“.

### Weiterschreiben

Diese Logik des Entstehens eines gemeinsamen Lehrens der Kirche, für das der Papst federführend ist, gilt auch heute. So ist auch die ökologische Pionierenzyklika „*Laudato si*“ von Papst Franziskus nicht vom Himmel gefallen. Viele Initiativen, auch im kirchlichen Raum, haben sie vorbereitet. Die besten Fachleute der Welt haben vor allem beim ersten Kapitel den Papst beraten. Auch heute entsteht also die Soziallehre der Kirche am Schnittpunkt von Praxis und Theorie. Es gilt dabei stets die Herausforderungen der Zeit aus dem Blickwinkel des Evangeliums zu meistern. War es in der Zeit von *Rerum novarum* die Industrialisierung, welche tiefgreifende soziale Veränderungen zur Folge hatte, ist es heute die Digitalisierung, die – verschärft durch die Pandemie – neue soziale Fragen aufwerfen wird. Dazu kommen als große Herausforderungen der Menschheit die Klimakrise und die Migration.

### Leitsterne

Das Papier ist geduldig, sagt man zu Recht. Man kann Enzykliken (wie das viele mit dem brisanten Text „*Fratelli tutti*“ über die universelle Geschwisterlichkeit machen) rasch im Bücherregal abstellen. Angesichts der klaren Trennung von Kirche und Staat ist entscheidend, dass es in den verschiedenen politischen Parteien ausreichend viele Christinnen und Christen gibt, welche sich in ihrem konkreten Handeln vom Evangelium inspirieren und von den Orientierungen der Soziallehre leiten lassen. Die großen Prinzipien der Soziallehre der Kirchen wie Einheit allen Seins (also auch der Menschen mit der Natur), Menschenwürde, Personalität, (universelle) Solidarität und respektvolle Subsidiarität erweisen sich dabei wie Leitsterne für politisch Handelnde. Oder um es im Wortspiel der derzeitigen Diskussion zu sagen: Die Katholische Soziallehre formt die Gesinnung, welche verantwortliche Politik inspiriert und leitet. Und so wie die Leitsterne die Richtung angeben, obliegt es dem verantwortlichen Politiker, konkrete Schritte zu machen. Deshalb ist es ganz normal, dass die reale Politik stets hinter den Idealen zurückbleiben wird. Aber bei allem realpolitischem Abwägen muss für einen Christen mit dem Evangelium im Herzen die Richtung stimmen. Und weil das Erkennen immer von Macht und Interesse verschattet wird, ist es für Christen in der Politik hilfreich, wenn die gemeinsame Soziallehre Schatten vertreibt.

### Flüchtlingenselend in Lesbos

Dass das Handeln für Politiker mit christlicher Gesinnung und Verantwortung nicht einfach ist, zeigt das derzeitige Ringen um eine humane Flüchtlingspolitik. Auch für die Migration, die ihre Ursachen in Krieg, hoffnungsloser Armut und Naturkatastrophen hat, gibt die brandneue Soziallehre Orientierung. In „*Fratelli tutti*“ (129) schreibt Papst Franziskus: „*Ideal wäre es, wenn unnötige Migration vermieden werden könnte, und das kann erreicht werden, indem man in den Herkunftsländern die Bedingungen für ein Leben in Würde und Wachstum schafft, so dass jeder die Chance auf eine ganzheitliche Entwicklung hat.*“ Dann fährt er aber fort: „*Solange es jedoch keine wirklichen Fortschritte in dieser Richtung gibt, ist*

*es unsere Pflicht, das Recht eines jeden Menschen zu respektieren, einen Ort zu finden, an dem er nicht nur seinen Grundbedürfnissen und denen seiner Familie nachkommen, sondern sich auch als Person voll verwirklichen kann.“* Praktisch heißt das für den Papst: vor Ort helfen und zugleich „*aufnehmen, schützen, fördern, integrieren*“.

Christinnen und Christen in der Politik werden diese klaren Worte im Herzen erwägen, ihr Handeln in ihrem Gewissen auf diesen Prüfstand stellen und sich fragen, wie sie es schrittweise zu Gunsten größerer Menschlichkeit entwickeln können.